

Resolution für nicht enthalten, weil wir von jeder den Standpunkt vertreten, die Massendemonstration müsse durchgeführt werden, auch wenn sie Opfer verlange; nur zu einer Kräftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir sie nicht werden lassen. Im Uebrigen aber wollen wir die Massfeier mit der Kraft und Geschlossenheit begreifen, wie es der Bedeutung unserer Partei im Reich und unserer Verknüpfung gegen die internationale Solidarität entspricht. Ich bitte Sie daher, die Resolution anzunehmen.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 50 dagegen abgelehnt.

Die Versammlung vertagt sich auf Mittwoch. Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Hallmar.

Eingegangen ist ein Glückwunschtelegramm von dem Internationalen Arbeiter-Verband in Genf.

Frau Weiß-Düsseldorf, deren Mandat vom Parteitag nicht anerkannt worden ist, hat das Original des Schriftstückes, durch das sie delegiert worden ist, dem Bureau vorgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung liest

Rehner-Hamburg folgende Erklärung ab:

Die Neuherung Auer's vom Montag über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist mir erst nachträglich aus der „Münchener Post“ bekannt geworden. Es handelt sich dabei um meine Person. Die betreffende Neuherung, die mir von dem von Auer erwähnten hervorragenden Gewerkschaftsführer unterzeichnet worden ist, beruht auf Unwahrheit. Dieser hervorragende Gewerkschaftsführer — es ist der Leiter des Buchdruckerverbandes, Döblin — hat mich auf dem Saalberkühler Kongress sagen, daß ich meinen Widerspruch gegen die fortgesetzte Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge ausdrücklich als im Namen der Fraktion abgegeben bezeichnet hätte. Ich habe jedoch behauptet, daß ich im Namen der Fraktion spräche, noch habe ich meinen Widerspruch begründet mit dem Hinweis auf die Schädigung der Partei. Döblin hat aber seine Neuherungen nicht, wie Auer meinte, auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongress gehalten, sondern auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Ich habe sofort schriftlich gegen die Behauptung Döblin's protestiert. Döblin hat dann seine Behauptung eingeschränkt und nur aufrecht erhalten, ich hätte im Namen der Fraktion gesprochen. Mein Widerspruch war aber ein rein persönlicher. Ich habe nie die Reichstagsfraktion für meine persönliche Auffassung verantwortlich gemacht.

Es folgt nun Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Dazu liegen vor die Anträge 57, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 66a, 69, 73 und 108. Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Berichterstatter Rosenow: Dem Parteitag liegt ebenso wie in früheren Jahren der Rechenschaftsbericht der Fraktion bereits gedruckt vor und ich glaube mich deshalb kurz fassen zu können, doch halte ich es für notwendig, einen Punkt besonders hervorzuheben. Es ist das jene Vorlage, die in der verflochtenen Session des Reichstages die wichtigste gewesen ist und die auch bei den kommenden Wahlen im Vordergrund stehen wird; es ist die Zolltarif-Vorlage. Von der Öffentlichkeit und der bürgerlichen Presse ist uns der Vorwurf gemacht worden, unsere Fraktion habe sich bemüht, auf die Verschleppung der Verhandlungen über den Zolltarif hinzuwirken. Ich muß da gleich sagen: Wenn wir wirklich

so gehandelt hätten, so wäre es lediglich im Interesse der Wähler geschehen. Wir halten es für eine Mißachtung der breiten Massen des Volkes, wenn die Regierung in einseitiger Weise solche wichtige Beschlüsse fassen läßt, ohne die Wähler zu befragen. Dennoch haben wir bisher keine Obstruktion getrieben, nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es nicht brauchen. Zur Verschleppung der Verhandlungen haben die Mehrheitspartei selbst am meisten beigetragen. Wenn gesagt wird, wir als Minoritätspartei hätten die Pflicht gehabt, uns in unseren Reden auf das Mindestmaß zu beschränken, so ist darauf zu erwidern, daß wir gar keine Ursache haben, uns unsere Redefreiheit auch nur im geringsten beschränken zu lassen. Wir haben uns denn auch in keiner Weise abhalten lassen, von der Freiheit, Anträge zu stellen und sie zu begründen, Gebrauch zu machen und haben verlust, durch unsere Anträge dem Tarif eine ganz andere Form zu geben.

Was bisher in der Kommission durch unsere Vertreter geschehen ist, war nur eine oberflächliche Prüfung, die eingehende Prüfung jeder einzelnen Position behalten wir uns für das Plenum vor. Wenn die Regierung solche Angst hat, der Tarif könne nicht rechtzeitig zu Stande kommen, ja, warum hat sie dann mit der Einbringung desselben so lange gezögert? Jahrelang besagte sie alle möglichen kapitalistischen Interessentengruppen, aber die Arbeiter wurden im wirtschaftlichen Ausmaß nicht gehört. Von Anfang an wurden die Agrarier umschmeichelt, niemals hat die Regierung die agrarischen Forderungen ernsthaft bekämpft. Hat sie doch sogar zu dem in der Manege des Fürst's Buchs verlangten 15 Mark-Zoll geschwiegen! So geriet die Regierung in eine Zwickmühle, den Agrariern sind die Zölle zu niedrig, den Monopolisten zu hoch. Daher das lange Zögern; erst infolge der Verhörterung des Tarifs über London sah sich die Regierung endlich veranlaßt, mit ihrem Entwurf hervorzutreten. Und nun sollen wir gewissermaßen im Mansch den ganzen Tarif annehmen! Rein, angesichts der Bucherpläne ist eine scharfe Opposition am Platze, zumal, da die Kommission Beschlüsse gefaßt hat, die auf eine noch weitere Vertehrung der Lebensmittel hinauslaufen. Diese Beschlüsse, welche Preissteigerungen des Fleisches, des Gemüses, des Viehes, der Würst, der Kartoffeln bewirken sollen und denen sich die Erhöhungen der Zölle auf Industrieerzeugnisse anschließen, müssen eine solche Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Klasse herbeiführen und zwar lediglich im Interesse nur einer kleinen Clique innerhalb der herrschenden Klasse, daß unser Standpunkt dem Zolltarif gegenüber nur derselbe bleiben kann, den unser Fraktionsordner bei der ersten Lesung ausgesprochen hat mit den Worten: In die Grube mit diesem Entwurf. (Bravo!) Außer ihrem Interesse am Brotwinde haben die herrschenden Klassen für nichts mehr Interesse gezeigt, natürlich auch nicht für die Sozialpolitik. Das zeigte sich schon bei unserer Nothstandsinterpellation. Mit völlig leeren Händen stand man uns gegenüber. Die einzigen sozialpolitischen Schritte, die man in dieser Session gethan hat, sind das Seemannsgesetz und das Gesetz über die Kinderarbeit. Die Seemannsordnung ist dabei aus den vorigen Sessionen herübergenommen und jetzt nur abgeschlossen worden. Dabei zeigt sie einen durchaus reaktionären Charakter. Niemals sind unsere Anträge so brutal niedergestimmt worden, wie hier. Wir stimmten deshalb auch in der Schlussabstimmung dagegen. Das Kinderarbeits-Gesetz ist in dieser Session überhaupt nicht weiter verathen worden. Es zeigt dabei große Unvollkommenheiten und Anzulänglichkeiten. Die Bekämpfung der Kinderarbeit besteht nicht bloß im Verbot der Kinderarbeit, sondern in der Verbesserung der Lage der erwachsenen Arbeiter, besonders in der Hausindustrie. Im Reichsamt des Innern scheint man sich einzubilden, die Arbeiter schäiden aus reinem Uebermuth ihre Kinder zur Erwerbserwerb. Es ist aber nur die bittere Noth, die die Eltern dazu drängt. Eine Verbesserung der sozialen Lage der Eltern ist eine der wirksamsten Bekämpfungen

der Kinderarbeit. Die Regierung hat die Landwirtschaft bei der Einschränkung der Kinderarbeit in diesem Gesetz vollständig ausgeschlossen. Sogar die Schenkung demnach im Reichstage von der Basis der ländlichen Arbeit und Sprach von den Freuden des Kartoffelaußmachens. Ich weiß nicht, ob die um Stöcker jemals Kartoffeln ausgemacht haben. Wenn es geschehen sein sollte, so werden es wohl die höchsten Kartoffeln gewesen sein. (Gelächter.) Es ist der Regierung offenbar gar nicht um eine wirkliche Bekämpfung der Kinderarbeit zu thun gewesen, sie hat nur wieder einmal den Anschein erwecken wollen, daß etwas geschehe, während in Wirklichkeit nichts geschehen ist.

Von unserer Seite hat es an Anträgen in sozialpolitischer Beziehung, an sozialpolitischen Anregungen nicht gefehlt. Die Magdeburger Genossen verweisen in ihrem Antrage 60 im Fraktionsbericht ein Eingehen auf die Wohnungsfrage. Wir haben aber bei jeder Gelegenheit Vorschläge zur Lösung der Wohnungsfrage gemacht. Wir wissen, daß, wenn die Wohnungsfrage gelöst werden könnte, damit ein höchst wichtiger Theil der sozialen Frage überhaupt gelöst worden wäre. Die Wohnungsfrage hat im vorjährigen Bericht eine detaillierte Besprechung gefunden. Alles, was wir in diesem Jahre haben thun können, war die Erwähnung der Wohnungsfrage bei der Staatsberathung und bei der Besprechung der Nothstandsinterpellation. Im Uebrigen wird natürlich die Fraktion beständig diese wichtige Frage im Auge behalten.

Der Antrag 61 verlangt, die Fraktion solle dahin wirken, daß dieselbe ihre Versprechen einer Veränderung des Krankenversicherungs-Gesetzes endlich erfüllt. Wir haben wiederholt bei der Regierung angefragt, wie es mit der Materie steht, der Staatssekretär hat geantwortet, daß die Erhebungen in den Einzelkosten noch nicht abgeschlossen sind. Auch in Zukunft werden wir keine Gelegenheit verabsäumen, nach dieser Richtung hin anseuernd auf die Regierung einzuwirken. Die Vereinheitlichung der Versicherung halten wir gleichfalls für eine notwendige Reform, und wir sind auch stets dafür eingetreten. Ebenso haben wir das, was die Hamburger Genossen beantragen, schon verlangt, ja wir sind dafür eingetreten, daß alle Heimarbeiter der Versicherungspflicht unterliegen; zuletzt haben wir diese Forderung noch bei der Revision der Unfall-Gesetze gestellt. Nach meiner Meinung sollten Sie alle diese Anträge der Fraktion zur Verückichtigung überweisen. Der Antrag 63 will, daß wir die Regierung bei der Berathung des Marine-Etats über ihre Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches in den Reichs-Werftbetrieben interpellation sollen. Die Sache ist wiederholt zur Sprache gekommen, soweit uns die Staatsberathungen die Möglichkeit dazu boten, und auch ohne den Antrag wird das in Zukunft geschehen. Doch können Sie ja den Antrag ruhig annehmen.

Die Anträge 64, 65, 66 und 66a beschäftigen sich mit einer Materie, die schon in der Parteipresse im Wesentlichen besprochen worden ist, mit dem Achtstundentag. So wird von den Genossen des IV. Berliner Wahlkreises verlangt, daß wir die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter beantragen sollen. Ich bin nun der Meinung, daß, wenn wir schon den Achtstundentag fordern, dies dann für sämtliche Arbeiter und nicht lediglich für einzelne Kategorien geschehen muß; das ist auch taktisch entschieden das Richtigerere. Die Genossen im V. Berliner Wahlkreis und in Erfurt wünschen einen Initiativantrag auf sofortige Einführung des Achtstundentages und die gleiche Materie betrifft der Antrag Schwabert. Aus dem im Reichsenschaftsbericht enthaltenen Verzeichniß können Sie ersehen, daß gegenwärtig noch dem Reichstage ein von uns eingebrachter Gesetzesentwurf vorliegt betreffend die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrsberufen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist. Ich kann mich in Bezug auf diesen Punkt darauf be-

schränken, daß ich auf das verweise, was auf unserem vorjährigen Parteitag darüber ausgeführt wurde. Eines muß ich aber doch bemerken: ob wir nun die sofortige Einführung des Achtstundentages verlangen oder einen Zwischenschritt, der allmählich auf acht Stunden herabzumindern ist, das ist doch nur ein Streit um Worte. Denn den Maximalarbeitstag werden wir doch erst dann bekommen, wenn wir die parlamentarische Macht besitzen, ihn zu erzwingen. Indessen will ich noch darauf verweisen, daß wir bei allen Gelegenheiten, wo es möglich war, für den Achtstundentag eingetreten, dies auch gethan haben. Gerade bei den Debatten über die Krise und den Nothstand haben unsere Fraktionsredner den Achtstundentag in den Vordergrund gerückt. So wird die Fraktion auch in Zukunft handeln.

Die ganze sozialpolitische Arbeit des Reichstages war also gleich Null. Der sozialpolitische Stillstand hat sich dann auch gezeigt bei der Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte. Der Gesetzesentwurf sollte zwar schon bei dem Justizministerium liegen; in letzter Stunde aber ist es der Opposition bürgerlicher Parteien gelungen, die Sache aufzuhalten. Nun hat es ganz den Anschein, als sollte die Angelegenheit dauernd verschleppt werden, auch ein Zeichen für die geringe Energie der Reichs-Sozialpolitik, der sich noch die reaktionäre Rückständigkeit Preußens zugeleht.

Sehrbedauerlich war es, daß auch in diesem Jahre die Mißstände in den Krankenhäusern von einem Fraktionsredner wieder zur Sprache gebracht worden sind. Indessen bedarf es bei der Bekämpfung dieser Mißstände der wesentlichen Mitarbeit der Genossen im Lande, besonders der in den Kommunen thätigen. Es handelt sich hier um die Besserung der Lage der elendesten, der leidenden Proletarier.

Ich glaube, daß der Parteitag zu dem Schluß kommen wird, daß die Fraktion ihre Pflicht gethan habe. Die Fraktion wird diese Pflicht auch in Zukunft um so freudiger erfüllen, je mehr diese Thätigkeit Wiederhall im Lande findet.

Die Fraktion wird besonders dankbar sein, wenn die Gewerkschaften die Fraktion mehr als bisher mit statistischem Material versorgen wollen. Ich schließe mit den Worten: Vorwärts, vorwärts und immer wieder vorwärts müssen wir streben, damit auch dem ärmsten Proletarier endlich die Stunde der Erlösung schlagel (Lebhafte Weisfall.)

Paul Müller-Hamburg: Die Seemannsordnung und ihre Nebengesetze, die auf ein fast zehnjähriges parlamentarisches Leben zurückblicken, sind von dem Referenten als reaktionär bezeichnet worden, als Vorlagen, die nicht annähernd den berechtigten Ansprüchen der Seeleute genügen. Wenn ich die Gesetze auch nicht als reaktionär bezeichnen will, so muß ich doch sagen, daß sie an sozialer Rückständigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Wenn die Reichstagsfraktion aus diesem Grunde gegen die Vorlage gestimmt hat, so hat sie nach meiner Auffassung und derjenigen vieler Tausender deutscher Seeleute damit vollständig recht und Lorenz gebandelt. In der bürgerlichen Presse sind der Fraktion wegen ihrer ablehnenden Haltung schwere Vorwürfe gemacht, es ist ihr unterstellt, daß sie aus agitatorischen Gründen dagegen gestimmt habe, obwohl die Vorlage in einzelnen Paragraphen Verbesserungen enthält. Gewiß, einzelne Fortschritte sind darin; aber ihnen stehen reaktionäre Maßnahmen, vor allem die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs, gegenüber. Schon das war Grund genug, die Vorlage abzulehnen. Dazu kommt, daß das Verlangen der Seeleute, ihnen das unbedingte Koalitionsrecht einzuräumen, nicht erfüllt ist. Die bezüglichen Anträge der Sozialdemokraten hat die Mehrheit niedergestimmt. Nach Ansicht der Seeleute durfte die Fraktion einem solchen Gesetz nicht zustimmen und wir haben ihre Haltung mit Freuden begrüßt. Das Gesetz enthält noch eine weitere Reihe von Mangelerscheinungen, Tausende deutscher Seeleute gehen nicht

den Schuß des Gesetzes und sind der Willkür der Rheber ausgesetzt. Das deutsche seemannische Proletariat ohne Ausnahme dankt der Fraktion für ihre Stellungnahme; die Seeleute haben sich überall in großen Versammlungen mit ihrer Zustimmung einverstanden erklärt. Das betone ich namentlich gegenüber den Ausführungen von Professor Franke in der „Sozialen Praxis“.

Paul Hoffmann - Hamburg vertritt den Antrag 62. Der Referent hat bereits erklärt, daß die Fraktion diese Forderung erhoben hat und auch in Zukunft erheben wird. Aber es schadet nichts, wenn sie wieder daran erinnert wird, zumal wir Hamburger uns sonst große Zurückhaltung im Stellen von Anträgen und im Reden auferlegen. (Heiterkeit.) Das Hamburger Landgericht hat jüngst erklärt, daß alle Angestellten der Konsumvereine der Versicherungsspflicht nicht unterworfen seien. Es sagt in einem Urtheil, bei dem es sich um die Frage der Versicherung von Angestellten eines Konsumvereins gegen Krankheit handelt, folgendes: Nach dem Gesetz sind die Personen versicherungspflichtig, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind im Handelsgewerbe, im Handwerk oder in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben. Der Gewerbebetrieb, das Handelsgewerbe erfordern eine wirtschaftliche Thätigkeit in der Absicht des Erwerbes; es muß aus der Thätigkeit eine Quelle des Erwerbes gemacht werden. Ein solcher Fall liegt nicht vor, wenn eine Thätigkeit lediglich Kostenverminderung bezweckt, wie es hier geschieht. Die Klägerin macht aus dem Handelsgewerbe keine Erwerbsquelle, sondern legt die eingekauften Waaren zum Selbstkostenpreise einschließlich der Verwaltungskosten an die Mitglieder ab. liegt aber bei der Klägerin ein Gewerbebetrieb nicht vor, so besteht für ihre Angestellten auch kein Versicherungszwang! Unter einem ähnlichen Verhältnis stehen die Seeleute. Auch sie sollten durch Gesetz der Krankenversicherung unterworfen werden. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir schon, daß sich die Berufsgenossenschaften gern um ihre Verpflichtungen drücken. Als ein Beispiel, ein sogenannter Gastrollegeber, verunglückte, lehnte die See-Berufsgenossenschaft die Entschädigung ab, weil der Mann nicht angemusst gewesen sei. Später hat sie die Verpflichtung allerdings anerkannt und es besteht jetzt die Praxis, auch in solchen Fällen zu entschädigen. Aber Läden lassen noch immer. Ein alter Kapitän baut sich eine kleine Galliotte und nahm zur Ueberwachung des Vauens einen Steuermann für kleine Fahrt, einen Westmann an. Beim Uebernehmen der Anker und Ketten verunglückte der Steuermann. Die See-Berufsgenossenschaft lehnte die Entschädigung ab, weil das Schiff noch auf den Selgen lag. Die Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft lehnte gleichfalls ab und jetzt schwebt der Prozeß, der um so langwieriger ist, als der Seemann nicht häufig auf festen Lande ist. Ich weiß nicht, ob unsere Parteijuristen sich auch so darauf verstehen, den einen Tag schwarz zu nennen, was sie am Tage vorher weiß nannten. (Heiterkeit.) Aber bei den anderen ist das so. Und deshalb dürfen nicht die Tüftelchen der Juristen maßgebend sein, sondern das Gesetz, das entsprechend umgestaltet werden muß. Ich habe das Material beigebracht, an dessen Hand die Fraktion vorgehen kann. — Die Seemannsordnung trägt ja einen reaktionären Charakter, aber einzelne ihrer Bestimmungen stellen doch kleine Verbesserungen gegen den bisherigen Zustand dar, das Erreichte sieht allerdings in keinem Verhältnis zu der außerordentlichen Mühe, die die Organisation der Seeleute und unsere Fraktion sich gegeben haben. Eine erneute Revision der Seemannsordnung muß heute schon in's Auge gefaßt werden. Im Uebrigen ist der zweite Hamburger Wahlkreis mit der Haltung der Fraktion völlig einverstanden.

Wels-Berlin: Namens der Parteigenossen in Solingen, des IV. und des V. Berliner Wahlkreises ziehe ich hiermit die Anträge 64, 65 und 66 zu Gunsten des Antrages Schuberth zurück. Der Achtstundentag darf nicht nur für die Arbeiter in staatlichen Betrieben gefordert werden, sondern muß für alle Arbeiter

verlangt werden. Es ist fraglich, ob die Einbringung des im Reichstage in dieser Session gestellten Initiativantrages auf Einführung des Achtstundentages, von dem aus schrittweise der Achtstundentag zu erreichen wäre, zweckmäßig war. Die Gewerkschaften würden in ihren Bestrebungen für den Achteinstundentag durch die Einbringung eines entsprechendes Antrages im Reichstage außerordentlich unterstützt werden. Solche Anträge müssen eingebracht werden, weil wir internationale Verpflichtungen haben, weil wir seit langen Jahren das gesamte Proletariat der Welt führen zu Gunsten des Achteinstundentages, nicht der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn und neun Stunden. Wir müssen dies Menschenrecht erkämpfen, damit der Haufen gerittener Menschenleiber, der in den Fabriken bereits aufgebürmt ist in Folge Uebermüdung der überanstrengten Arbeiter, nicht immer neuen Zuwachs erhalte. Ich bitte Sie, dem zahlreich unterzeichneten Antrag Schuberth zuzustimmen. Seine Annahme bedeutet kein Weibtrouensvotum gegen die Reichstagsfraktion, die unser Aller Vertrauen in höchstem Grade genießt, aber wir sind dazu verpflichtet durch die Verpflichtungen, die wir auf den internationalen Kongressen eingegangen sind.

Weinshild-Offenbach: Wir haben uns erlaubt, die Zeit des Parteitages im Anspruch zu nehmen für einen Theil der Arbeiter, die zu den am schlechtesten gestellten in Deutschland gehören, für die Heimarbeiter. Durch den Antrag 92 soll der Fraktion keineswegs ein Vorwurf gemacht werden, wir erkennen vielmehr an, daß sie bei jeder Gelegenheit für die in der Heimindustrie beschäftigten Arbeiter und deren gesetzlichen Schuß eingetreten ist. Das kann uns aber nicht abhalten, immer und immer wieder auf die schlechte Lage dieser Arbeiter aufmerksam zu machen. Wir haben vor kurzer Zeit z. B. versucht, den Rechtsanspruch der Heimarbeiter auf eine Kündigungsfrist vor dem Offenbacher Gewerbegericht feststellen zu lassen, aber dieses sucht sich immer um die Sache herumzubrüden, damit es kein Urtheil fällen muß. Wir haben dazu den Vorschlag der Handelskammer geladen, der uns sagte, er bemühe sich schon seit 15 Jahren, die Grenze zwischen Heimarbeitern und Gewerbetreibenden zu ziehen, das sei aber sehr schwer. Damit in dieser Frage nun einmal Klarheit geschaffen werde, haben wir den Antrag gestellt. Der Antrag 92 will den Heimarbeitern in der Portefeulle-Industrie eine Ausnahmestellung einräumen. Wir gehen von der Ansicht aus, daß es noch nicht so bald möglich sein wird, die Wünsche der Heimarbeiter zu erfüllen. Nachdem nun der Bundesrat bereits für einzelne Gewerbe besondere Vorschriften erlassen hat, sollte unsere Fraktion den Versuch machen, auch für die Heimarbeiter in der Portefeulle-Industrie den Erlaß einer Sonderbestimmung zu erreichen. Von den Vorteilen, welche die Invaliden- und Altersversicherung doch immerhin bietet, sind unsere Heimarbeiter ausgeschlossen, ebenso in der Regel von der Krankenversicherung. Hinsichtlich der letzteren werde ich auf die verschiedene Regelung zwischen Berlin und dessen Bezirken hin, sehr ungünstig für die Portefeulle-Industrie ist auch die jetzige schlechte wirtschaftliche Situation, es wurde durch eine amtliche Statistik festgestellt, daß der Export von Lederwaaren um 60 Prozent abgenommen hat. Die Folge ist, daß sehr viele Kollegen bereits arbeitslos werden und dann in der Hausindustrie thätig sind. Dadurch werden aber die Löhne ungemein gedrückt. Da in den ungünstigen Verhältnissen der Hausindustrie auch Frauen und Kinder beschäftigt sind, so sollte doch die Fabrikinspektion veranlaßt werden, einzutreten. Die Heimarbeiter sind ferner auch von der Unfallversicherung ausgeschlossen, was dem mitunter bedenklichen Unfälle vorkommen. Die Fabrikanten trachten danach, die Heimindustrie immer mehr auszuweiten, diesem Bestreben soll durch unseren Antrag entgegengetreten werden.

Schubert-Biesdorf: Nur einige Worte über den Antrag, den die Fraktion beauftragt, die Einführung des Achtstundentages zu beantragen. In der Fraktion ist niemand, der nicht Anhänger des Achtstundentages ist, aber es

Wir folgen Antrag jetzt noch einbringen oder nicht, ist belanglos, denn zur Verhandlung kommt er in dieser Session doch nicht. Wir haben in dieser Session aus tatsächlichen Gründen den Nechstundentag gefordert, unser Antrag wurde zu dem Initiativantrag des Centrums auf Einführung eines Maximalarbeitstages für Frauen gestellt. Er ist bisher noch nicht verhandelt worden, da erst wenig Schwermetalle abgehalten sind. Es wäre ein Fehler, wollten wir unseren Antrag jetzt zu Gunsten eines Antrags auf Einführung des Achtstundentages zurückziehen. Gefordert haben wir den Nechstundentag stets bei jeder Gelegenheit, und das werden wir auch für die Folgezeit nicht unterlassen. Unser Antrag auf Einführung des Nechstundentages ist die Probe darauf, ob es den Gegnern mit der Verkürzung der Arbeitszeit wirklich ernst ist. Wir haben uns nicht von opportunistischen Erwägungen, sondern lediglich von tatsächlichen Gründen leiten lassen.

Münchener-München: Die energische Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Hottarif hat bei allen Genossen im Lande volle Zustimmung gefunden. Auch in den Kreisen der Centrumswähler beginnt man gegenüber dem Zollwucher mit Austausch zu werden. Dem Antrage 92 zu Gunsten der in der Heimindustrie beschäftigten Porzellan-Arbeiter kam ich nur vollständig beifällig. Gerade in der Heimindustrie fordert die Proletariatskämpfe zahlreiche Opfer. Die Forderung des Nechstundentages darf nicht außer Acht gelassen werden. Die wirtschaftliche Krise hat bewirkt, daß auch in den Kreislagen unsere Forderungen Anhang gewinnen. Bei der Arbeitslosigkeit muß der Centrumsmann ebenfals festzu sein wie wir. Der Nechstundentag muß endlich für das Volk errungen werden.

Waller-Kiel: Der Antrag 63 ist von kaiserlichen Arbeitern, die das Glück genießen, einer „Musterwerkstatt“ anzugehören, ausgegangen. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, um den es sich dabei handelt, sagt bekanntlich, daß die Arbeiter für unverschuldete Zeitverkümmung den Lohn erhalten müssen, allerdings mit der Einschränkungsklausel, daß die Unternehmer sich diesen Verpflichtungen durch besondere Verträge entziehen können. Von einer Musterwerkstatt sollte man aber besonders erwarten, daß sie allen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern aufs peinlichste nachkäme. Daß dies nicht der Fall ist, beweist die Einbringung dieses Antrages. Es giebt auf der Welt einen großen Theil von unteren und selbst hochgestellten Beamten, die überhaupt diesen § 616 nicht kennen. Das gilt selbst vom Oberverstdirektor, der bekanntlich ein aktiver Marine-Offizier ist; es ist die Vorstufe zum Admiral. Dessen ungeachtet sollte man annehmen, daß ein solcher Mann auch vom Erwerbserleben eine Ahnung haben müßte. Ein Arbeiter, der persönlich beim Oberverstdirektor vorstellig geworden ist, ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß ja in der Arbeitsordnung (siehe: „Lohn wird nur gewährt für wirklich geleistete Arbeit.“) diese Arbeitsordnung ist aber mehrere Jahre älter als das Bürgerliche Gesetzbuch; außerdem kann doch ein derartiger Passus nicht als Nebenvertrag gelten, der jene Entschädigungspflicht ausschließt. In verschiedenen Fällen sind Arbeiter zu der sogenannten Vormundschaftspflicht herangezogen worden, was eine unverschuldete Arbeitsverkümmung mit sich brachte. In anderen Fällen ist Arbeitsverkümmung entstanden durch die Feuerwehrepflicht von Arbeitern, die in kleinen Nachbarorten Kiels wohnen. Es ist dann überhaupt keine Entschädigung gezahlt worden. So ist man in derartigen „Musteranstalten“ gewohnt, solche gesetzliche Bestimmungen auszuhebeln. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen und hoffe, daß die Fraktion durch ihr Vorgehen Abhilfe schafft.

Eichhorn-Mannheim: Ich zolle der Thätigkeit unserer Fraktion volle Anerkennung, wünsche aber, daß unseren Initiativanträgen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Bei der schwachen Besetzung des Reichstages ist unser Einfluß groß genug, daß es wohl möglich ist, daß unsere Initiativanträge doch zur

Verhandlung gebracht werden. Die Etatsdebatten brauchen ja nicht immer zwölf Tage zu dauern. Früher haben wir die Majoritätsbeschlüssen, den Groben Unfug-Paragrafen, die Arbeitskammer und andere Fragen angeschnitten. In dieser Session ist in der Beziehung nichts geschehen. (Hoi!) Nebenbei bemerkt, sollte sich auch der Reichstag mit der Frage der Arbeitskammern befassen. Die Fraktion muß Werth darauf legen, daß unsere Initiativanträge mehr zur Geltung kommen. Der Widerstand, jetzt einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, ist unberechtigt, die Gründe, die Fischer dagegen vorgebracht hat, sind nicht durchschlagend. Wozu feiern wir denn den 1. Mai? Moses Demonstrieren nützt nichts, wir müssen auch zeigen, daß es uns Ernst ist. Die Arbeiter sind der Fraktion in dieser Beziehung vorausgeeilt und haben vielfach auch ohne Reichstagsfraktion eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Ein Mißtrauen gegen die Fraktion bedeutet der Antrag nicht, aber wir glauben, daß gerade die jetzige Krisis, wo viele Unternehmer freiwillig die Arbeitszeit verkürzen, der geeignetste Moment ist, den Nechstundentag zu fordern.

Schubert-Berlin: Die Ausführungen Eichhorns überheben mich der Verpflichtung, den ersten Theil meines Antrages zu begründen. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, zu dem zweiten Theil einige Worte zu sagen. Die Forderung, daß in allen Körperschaften für die Einführung des Nechstundentages zu wirken ist, ist sehr wesentlich. In den Gemeinden sehen wir sehr oft, daß Arbeiter, die doch Bürger sind, in einer Weise behandelt werden, die jeder Beschäftigung spottet. Zur Verringerung der Armenlasten werden diese Leute von den Gemeinden vielfach als Arbeiter eingestellt. Da nun aber die Kommunen gesetzlich nicht verpflichtet sind, Arbeitsordnungen aufzustellen, so thun sie das auch nicht, und so kommt es, daß die oberen und unteren Beamten die Arbeitszeit nach ihrem Belieben festsetzen. Arbeitsordnungen und Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben sind durchaus notwendig, um die Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern. Wir sind verpflichtet, für die städtischen Arbeiter einzutreten und für sie den Nechstundentag zu verlangen. Es ist deshalb notwendig, meinem Antrage zuzustimmen. Ebenso halte ich die Annahme des Antrages 63 für nöthig, denn wenn die Reichsbehörden die Wirkung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausschalten, so ahmen die Gemeinden dies Beispiel nach. Wir müssen Alles dransetzen, um den Nechstundentag zu erringen. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird mit Rücksicht auf die Rundfahrt auf dem Starnberger See vertagt.

v. Volkmar theilt mit, daß von Ulrich-Stuttgart ein Schreiben eingegangen ist, wonach er vom zweiten württembergischen Wahlkreis ein Mandat hat, aber durch Erkrankung in seiner Familie an der Theilnahme verhindert ist.

Schluß 11 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 18. September. — Vormittags-Sitzung.

Beginn 8¹/₂ Uhr. Den Vorsitz hat Genosse **Volkmar**.

Es sind wieder eine große Anzahl von Beglückwünschungen - Telegrammen und Schreiben eingegangen; darunter Telegramme aus Amsterdam von der dortigen Partei, unterzeichnet vom Parteisekretär, und aus Bournemouth von der Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift „Sociálná Božá“.

Die Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit wird fortgesetzt.

Leontev-Apolda: Mit einer großen Anzahl von Delegirten habe ich Rede gesprochen über die geistigen Ausführungen des Genossen Eichhorn

Mannheim, der die Fraktion beschuldigte, sie habe es in der verfloffenen Session an der Einreichung von Anträgen fehlen lassen. Ich habe zu erklären, daß die anwesenden Delegierten und ihre Mandatgeber im Gegentheil höchlich befriedigt sind von dem, was die Fraktion geleistet hat. Das Ziel der Vorwürfe müssen unsere Gegner, nicht aber die Fraktion sein. Wir sind der Meinung, daß von letzterer z. B. in der Zolltarifffrage das Bestmögliche geleistet wurde, die Fraktion hat da Alles gethan, um sich bei den Interessenten durch deren Befragung zu informieren und diese wieder durch ihre Berichterstattung auf dem Lande zu erhalten. Wenn trotzdem noch Vorwürfe gegen die Fraktion erhoben werden, so ist das eine Entgleisung. Für einen Ausbau des Arbeiterschutzes ist sie allezeit eingetreten und hat Anträge gestellt, aber die Regierung und die herrschenden Klassen hatten keine Zeit dazu. Man muß doch auch die Geschäftsordnung des Reichstages, nicht bloß die des badiſchen Landtages einigermaßen kennen und sich bemühen, sie frühzeitig kennen zu lernen. (Weiterkeit.) Ich bin ja auch nicht Mitglied des Reichstages, aber ich habe dessen Geschäftsordnung doch sehr gut durch unseren Großlocher kennen gelernt. (Weiterkeit.) Es ist notwendig, daß die Fraktion durch unsere Mitarbeit unterstützt werde, es muß ihr brauchbares Material geliefert werden, alle Arbeiterkreise sind verpflichtet, Material zu beschaffen, und zwar solches Material, das von der Regierung und den herrschenden Parteien nicht wieder vernichtet werden kann, gegen das sich kein Einwand erheben läßt. Dazu müssen die Arbeitersekretariate, die Kartelle u. mitwirken, auch die Rentenprüfungsstellen, Gewerbe-gerichts-Beisitzer und namentlich die Vertrauenspersonen in den kleinen Orten haben sich daran zu beteiligen; gerade in den kleinen Orten ist der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei das Sprachrohr der kleinen Leute und kein Anderer. Wir haben die Pflicht, die Arbeiten gemeinsam zu verrichten und sie nicht der Fraktion allein zu überlassen. (Zustimmung.)

Frau Bes-Gamburg: Die Anträge, die für unsere Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages eintreten, sind keineswegs von dem Gesichtspunkte aus gestellt worden, um unserer Reichstagsfraktion einen Tadel zu erteilen, sondern diese Anträge sind beantragt durch ganz bestimmte Vorkommnisse im wirtschaftlichen und politischen Leben, unter denen die herrschende wirtschaftliche Krise die Hauptrolle spielt. Die Arbeitsleistung steht nicht nur ihrer Qualität, sondern auch ihrer Quantität nach im umgekehrten Verhältnis zur Arbeitszeit. Es ist sehr wohl möglich, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit das Unternehmertum die Intensität der Arbeit so steigern kann, daß in der kürzeren Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der längeren. Aber nicht allein von diesem Gesichtspunkte aus sind wir eingetreten für die Durchführung des Achtstundentages, sondern auch von der Erwägung aus, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit das Proletariat gestärkt werden soll in seinem Kampfe um die wirtschaftliche Emanzipation. Ferner sind die Anträge gestellt im Hinblick auf den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes durch politische Erwägungen beantragt. Die vom Reichstag des Jahres 1899 angenommene Besetzung bedeutet geradezu eine Verschleppung der Durchführung unserer Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes und des Arbeiterinnenschutzes. Bei den Erhebungen des Jahres 1899 über den Umfang der Frauenarbeit in den Fabriken ist nachgewiesen worden, daß die Industrie nicht nur geschädigt wird, sondern daß es sogar in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 10 auf 11 Stunden verkürzt wird. Das ist selbst von königlich sächsischen Fabriksinspektoren und deren der übrigen Bundesstaaten bestätigt worden. Trotzdem werden immer wieder auf's Neue Erhebungen und nur Erhebungen beantragt. Andererseits ist das Scharfmacherthum an der Arbeit, um selbst gegenüber den gefügigen sozialpolitischen Reformen Gegenaktionen in's Leben zu rufen. Als durch die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz, durch die Novelle zum Gewerbegerichts-

Gesetz kleine Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen werden sollten, da waren es dieselben Leute, die selbst diese kleinen Reformen mit aller Kraft zu hindern gesucht haben. Angesichts der Laune der Regierung und andererseits gegenüber dem Vorgehen des Scharfmacherthums ist der Parteitag derjenige Ort, wo die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck, aller Präzision und aller Schärfe die Forderungen unsererseits bezüglich des Arbeiterschutzes und Arbeiterinnenschutzes vertreten muß. Ganz irrig ist die von verschiedener Seite hervorgetretene Ansicht, besonders von Seiten der bürgerlichen Sozialreformer aus, daß, wenn der Arbeiterschutz in erster Linie ausgebaut würde, dann die Frauen von den Arbeitsstätten verdrängt und durch männliche Arbeiter ersetzt würden. Wir wissen, daß der Ausbau des Arbeiterschutzes für die männlichen Arbeiter vielmehr Verbesserungen auch für die weiblichen Arbeiter zur Folge haben würde. Aus allen diesen Erwägungen heraus sind die betreffenden Anträge gestellt. Gegenüber der Flauheit der Regierung und den reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums müssen wir unsere Forderungen klar und präzise zum Ausdruck bringen. Das wird auch die Agitation im Lande für diese Forderungen in ein schnelleres Tempo bringen. Ich bitte deshalb, den Berliner Anträgen zugestimmen.

Leber-Jena: Auch ich bin mit der Thätigkeit der Fraktion im letzten Jahre einverstanden, wünsche aber, daß sie mit allem Nachdruck den Achtstundentag fordert. Wir sehen, daß das Unternehmertum trotz der wirtschaftlichen Krise die Arbeitszeit nicht verkürzt, sondern sogar verlängert und Arbeiter entläßt oder die Löhne reduziert. Ich habe in meiner Thätigkeit in der optischen Werkstätte von Zeiß den Segen des Achtstundentages aus eigener Erfahrung kennen gelernt.

Frau Köhler-Dresden: Der Antrag 92, der die Fraktion auffordert, dafür zu sorgen, daß die in der Heimindustrie beschäftigten Fortschleifarbeiter den Versicherungsgesetzen unterstellt werden, geht nicht weit genug. Wir müssen das Gleiche für die Heimarbeiter aller Verufe verlangen. Denn die Heimarbeit ist gleichbedeutend mit Arbeiterinnenelend. Hier muß endlich die Gesetzgebung eingreifen, die Heimarbeit macht sich wie ein eitriges Geschwür am Volkstörper bemerkbar. Nach Einführung der Arbeiterschutzes-Gesetze bemühen sich die Arbeitgeber, die Lasten, die ihnen die Gesetzgebung auferlegt, von sich abzuwälzen, indem sie so viel wie möglich ihre Produkte in der Heimarbeit fertigstellen lassen. In Folge dessen hat die Heimarbeit einen ganz gewaltigen Umfang angenommen, sie ist heute ein Hemmschuh jedes kulturellen Fortschritts, sie bringt nicht nur für die Produzenten, sondern auch für die Konsumenten enorme Nachteile. Es ist an der Zeit, mit diesem schädlichen System zu brechen. (Beifall.)

Frau Betkin-Stuttgart: Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck die Annahme des Antrages unserer Berliner Freunde empfehlen, der sich auf die Forderung der Einführung des Achtstundentages bezieht, aber nicht etwa von dem Gesichtspunkte aus, daß ich der Stellung und Annahme desselben irgendbem dem Weigelschmack eines Mißtrauensvotums oder auch nur eines leisen Tadelns gegen die verfloffene Thätigkeit unserer parlamentarischen Vertreter geben möchte. Ich erkläre vielmehr in der verhältnismäßig großen Zahl von Anträgen, welche sich auf die Einführung des Achtstundentages beziehen, einen kräftigen Vorstoß zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, überhaupt einen Ausdruck des dringenden Bedürfnisses und des zielklaren Willens der proletarischen Klasse. Wenn in den letzten Jahren vielleicht auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weniger energisch und nachdrücklich nach vorwärts gedrängt ist wie in manden anderen Zeiten, so erklärt sich das zum großen Teil daraus, daß die Zeit der Hochkonjunktur den proletarischen Klassen die Reformnothwendigkeit weniger zum Bewußtsein gebracht hat. Das ist anders geworden durch das Gespenst der Krise, das sich riesengroß vor dem Proletariat aufgerichtet hat. Die Krise mit ihren Folgen legt gerade auch dem politisch kämpfenden Proletariat gegenüber den Gewerkschaften eine edle Pflicht auf. Kein Zweifel, wir

Alle sind von Sympathie gegen die Gewerkschaftsbewegung erfüllt, die Beschäftigung dieser Sympathie sind keine leeren Worte. Nur zu gut wissen wir, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung einander ergänzen und zu einander gehören, aber durch die Krisis werden gerade gegenwärtig die gewerkschaftlichen Kämpfe sehr erschwert und deshalb ist es erwünscht, die Gewerkschaften durch den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu entlasten. Aber auch noch andere Gründe zwingen uns, den Kampf um die gesetzliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu schieben. Ich erinnere an den Politarif und den schmählichen Verrat des Centrums an den Arbeitern durch seine Stellung dazu. Mehr als je ist das Centrum dadurch in die Notwendigkeit versetzt, wenigstens etwas zur Förderung wirklicher sozialer Reformarbeit zu thun, oder durch die Unterlassungssünden auf diesem Gebiete den Ansehen der Arbeiterfreundlichkeit noch schneller zu gefährden, als es ohnehin der Fall ist. Auf die eine oder die andere Weise muß das politisch kämpfende Proletariat die Früchte der Situation ernten, sei es in Gestalt eines kräftigen Eintretens des Centrums für Reformen, sei es in Gestalt einer Diskreditierung des Centrums bis auf die Knochen. Und noch ein Anderes! Der Polttoucher wird ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen zu einem so glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen, daß das Lager der bürgerlichen Politiker dadurch von jener heiligen Furcht erfüllt sein wird, die die alleinige Quelle gelegentlicher Reformarbeiten der Bourgeoisie ist. Wir wissen genau, daß der Knüttel beim Hunde liegt und daß die bürgerlichen Parteien auch nicht zu einem Vota mehr an Reformen sich verleiten lassen, als ihnen die Furcht vor dem kämpfenden Proletariat abknüpft. Wie einmal zu den Scharfmachern das Wort gesprochen ist: Meine Herzen, wir arbeiten ja nur für Sie! So wird die Sozialdemokratie nach den Wahlen in der Lage sein, den gegnerischen Scharfmachern zu sagen: Sie haben nur für uns gearbeitet. Diese Situation wird uns erlauben, einen energischen Druck auf das Parlament von außen auszuüben. Der künftige Berliner Briefschreiber der „Neuen Zeit“, dessen Leitartikel allein schon zur künftigen Rettung des Landes heranzuführen sollten (Sehr richtig!), Genosse Mehring, hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Polttoucher eine so außerordentlich günstige Situation für die außerparlamentarische Aktion der Massen schafft, daß sie zu sozialpolitischen Fortschritten ausgenützt werden könne. Das ist aber auch nicht die Hauptsache. Die Situation bringt auch einen großen Fortschritt für die Entwicklung unserer Partei. (Sehr richtig!) Wieder wird sich in unserer Partei eine richtigere Schätzung der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Aktion des Proletariats einstellen. (Sehr richtig!) In dieser Verschlebung der Wertschätzung zu Gunsten der außerparlamentarischen Aktion sehe ich einen außerordentlichen Vorteil für die Entwicklung des politischen Klassenkampfes. Es scheint fast so, als ob alle Anträge, die hier gestellt sind, an einer Ueberschätzung dessen kranken, was die parlamentarische Arbeit leisten kann, und an einer Unterschätzung dessen, was die außerparlamentarische politische Aktion des Proletariats leisten muß. Diese Wertung tritt vor allem auch in den bekannten Artikeln von Karbus zu Tage. Wie schämen wir uns, wie unentbehrlich die Aktion unserer parlamentarischen Vertreter auch sein mag, sie mögen mit Menschen- und mit Engelszungen reden, sie mögen die trefflichsten Gründe haben, so würden sie doch bei den herrschenden Massen nichts ausdrücken, wenn nicht von außen der Druck eines erkennntnisreichen, eines geschulten, eines organisierten Proletariats hinzukäme. Deshalb begreife ich das Besorgene der Fraktion, das den Anstoß zur kräftigen Agitation, zur Förderung der Aktion außerhalb des Parlaments geben muß. Wie der Riese Antäeus immer wieder Kraft gewann, wenn seine Schultern den mittelstlichen Boden der Erde berührten, so wachsen, so erweiterten sich die Kräfte der Sozialdemokratie, wenn sie die beste, innige Verbindung mit den Massen hat. (Bravo!)

Münchener: Ich möchte die Aufmerksamkeit der Fraktion auf die Stellung der Arbeitsetretariate lenken. Trotz der klaren Erklärungen des Grafen Posadowski, die meines Erachtens ohne Illusionen abgegeben wurden, hat das Breslauer Oberlandesgericht doch wieder ein Urteil gegen ein Sekretariat gefällt und zu einer sittenstreitigen Auslegung der Worte „gewerksmäßig“ und „geschäftsmäßig“ gegriffen. Das steht in Widerspruch zu der klaren Erklärung der Regierung im Reichstage. Daher sollte die Fraktion in dieser Beziehung eine Interpellation einbringen; in dieser soll bekannt werden, daß die Sekretariate mit großen Mitteln gegründet werden und daß jede Rechtsunsicherheit eine Schädigung für sie bedeute. Weiter ist zu wünschen, daß ein Druck dahin ausgeübt wird, daß sobald als möglich eine neue Krankenversicherungs-Gesetzgebung durchgeführt und diese Organisation so weit ausgebaut wird, als es das vorhandene Bedürfnis nothwendig macht. Von allgemeinen habe ich den Eindruck und diesen gewinnt man immer mehr und mehr, wenn wir alles das verarbeiten wollen, was an Material unterbreitet wird, wenn wir die nöthige Fühlung mit den breiten Massen herstellen und erhalten wollen, dann müssen wir früher oder später dazu kommen, daß eine eigene Instanz geschaffen wird, die planmäßig das Material vorbereitet. Diese Instanz soll im innigen Kontakt mit dem Parteivorstand stehen, sie soll eine Art Nebenministerium sein, über das der Vorstand die Aufsicht und oberste Leitung behält. Je mehr wir uns ausbreiten, desto schwerer werden die Aufgaben des Vorstandes und seine Kräfte werden so viel in Anspruch genommen, daß beim besten Willen und den fähigsten Personen doch auf die Dauer die großen Aktionen leiden müssen, wenn wir uns nicht dazu aufschwingen, die nöthigen Instanzen zu schaffen. Wir haben eine ganze Reihe von Personen — Bernstein zum Beispiel —, die wir ganz gut auf einem anderen Platz verwenden könnten, wo sie die verschiedenartigen Forderungen, die namentlich von den Gewerkschaften an uns kommen, ich erinnere an den Kantarbeiterschutz, vorarbeiten und den Verkehr mit den Massen aufrecht erhalten. Obwohl zum Beispiel die Aktion gegen den Politarif sehr einseitig, so habe ich doch das Gefühl, daß in jenen Gegenden, wo die katholische Arbeiterkassette auskisslagelnd ist, noch mehr geschehen konnte, und das hätte von einer Zentralinstanz aus geleitet werden müssen. Wenn eine solche Instanz geschaffen ist, dann werden dem Parteitage nicht immer so viele Spezialanträge vorliegen. Ich bin weit entfernt davon, zu glauben, daß wir schon im jetzigen Augenblick dazu kommen werden, meinen Vorschlag durchzuführen; es bestehen da verschiedene Hindernisse und namentlich wird das Gefühl überwalten, daß man nicht noch mehr bezahlte Kosten schaffen will. Aber wir dürfen uns dadurch nicht abhalten lassen, und wenn diese meine Anregung erfüllt ist, wird es möglich sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, die Genossin Petzin eben so anregend schilderte.

Oberst-Bresfeld: Die Agitation für den Achtstundentag hat bei manchen Arbeitern, besonders den gewerkschaftlichen, früher vielfach ein gewisses Wackeln hervorgerufen. Das ist heute anders geworden, heute haben die Arbeiter eine feste, daß der Achtstundentag eine sehr wohl zu realisierende Forderung ist und auch in bürgerlichen Kreisen langt man es nicht mehr, diese Forderung mit Höflichkeit zu beantworten. Wir können deshalb den bezüglichen Anträgen sehr wohl zustimmen. Die Fraktion wolle zunächst ihr Augenmerk darauf richten, daß in den staatlichen Betrieben der Achtstundentag eingeführt wird. Das wird wenigstens die Behörden zwingen, wenn auch nicht sofort den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, so doch die Arbeitszeit ganz wesentlich zu reduzieren. Die staatlichen Betriebe müssen dann die privaten industriellen Betriebe nach sich ziehen. Neuerdings geben die staatlichen Werkstätten des Kriegsministeriums in Spandau daran, den Arbeitern einen Sommerurlaub zu geben.

So sehen selbst die Behörden allmählig die Berechtigung unserer Forderungen ein. Wir müssen doch einen gewissen Druck auf die Fraktion ausüben durch Annahme dieser Anträge. Andererseits muß ich mein Befremden darüber ausdrücken, daß Arbeiter der staatlichen Betriebe wie der kaiserlichen Werken es vielfach ablehnen, die berufenen Vertreter unserer Partei, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, mit dem genügenden statistischen Material zu versorgen. Der Anregung des Genossen Linn, betreffend die Schaffung einer speziellen Kommission für die Sammlung und Verarbeitung von sozialpolitischem Material, stehe ich sympathisch gegenüber, das würde für den Parteivorstand eine wesentliche Entlastung bedeuten.

Levender-Höchst: Ich möchte die Reichstagsfraktion bitten, sich der Arbeiter der chemischen Industrien in besonderem Maße anzunehmen. Welchen Gefahren diese Arbeiter ausgesetzt sind, hat das furchtbare Unglück von Griesheim gezeigt; der Durchführung der Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden. In Höchst ist das Krankenhaus überfüllt von verunglückten Arbeitern der Farbenindustrie. In der nächsten Session sollte nochmals eine Interpellation eingebracht werden, die Aufklärung über die Ursache des Griesheimer Unglücks und Bestrafung der Schuldigen fordert. Den Antrag 57 halte ich für kaum durchführbar, man kann kein derartiges Flugblatt in einem solchen Umfang herausgeben, weil es von der Landesbevölkerung nicht verstanden würde. Man sollte Auszüge aus dem Tätigkeitsberichte der Reichstagsfraktion, vielleicht mit einem den Landesverhältnissen entsprechenden Flugblatt, unter der Landesbevölkerung verteilen. Entlegene Landteile, die nicht die Mittel zur Verteilung der Flugblätter haben, müßten unterstützt werden.

Edmund Fischer-Briesnig: Genosse Eichhorn hat gegen die Fraktion ganz ähnliche Vorwürfe erhoben, wie sie seit Jahren von allen bürgerlichen Parteien, von den Freisinnigen, dem Zentrum und den Konservativen gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. Er hat gesagt, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten zu viel schwagen und nicht genug praktische Arbeit verrichten. (Widerspruch.) Genosse Eichhorn, den Vorwurf hast Du erhoben! (Eichhorn ruft: Das ist nicht wahr!) Wenn Eichhorn nächstes Jahr in den Reichstag kommt, könnte er vielleicht die Aufnahme einer Bestimmung in die Geschäftsordnung herbeiführen, wonach alle sozialdemokratischen Initiativanträge zur Beratung kommen und alles andere zurückgestellt würde. (Geisterzeit.) Nur dann könnte er seine Forderungen praktisch durchführen. Es ist nicht richtig, daß die Fraktion zu wenig praktische Arbeit geleistet habe. Unsere ganze Tätigkeit neben der Kritik bestand doch in praktischer Arbeit. Ein praktischer Antrag war der auf Einführung des Neinstundentages. Wenn der Antrag der Berliner angenommen wird, so wird die Fraktion mit einer Aufgabe betraut, die sie in diesem Winter nicht mehr ausführen kann. Es wäre doch richtiger, den Antrag auf dem nächsten Parteitag für die nächste Reichstagsfraktion wieder einzubringen.

Hoch-Hanau: Ich habe Eichhorn's Bemerkungen nicht so tragisch genommen wie Kollege Fischer. Ich habe seine Worte nur so aufgefaßt, daß er meinte, wir sollten neben der pflichtgemäßen Erledigung der Etatsdebatten mehr Zeit zur Begründung der Initiativanträge zu gewinnen suchen. Das ist ein Irrthum Eichhorn's, der sich aus dem Mangel näherer Kenntniß der Geschäftsordnung ergibt. Es geht thatsächlich nicht gut, die Verhandlung von mehr Anträgen zu ergötzen, als jetzt schon geschieht. Dabei halte ich den Antrag für den Neinstundentag für eine dankenswerthe Anregung; gerade bei der Situation, in der wir uns befinden, ist eine recht ausgedehnte Beteiligung an den Etatsdebatten für uns die einzige Möglichkeit, um alle Anregungen, die uns vom Parteitag und von den Gewerkschaftskongressen gegeben werden, zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt noch eins: es ist Praxis, daß die Re-

gierung bei Beratung von Initiativanträgen nicht erscheint und keine Antwort giebt. Bei den Etatsdebatten aber muß sie antworfend sein, muß sie antworten. Linn hat mit Recht auf die Bedeutung guten Materials für die Fraktion hingewiesen, aber sein Vorschlag für zur Voransetzung, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Sache in die Hand nehmen und viel mehr Material als bisher zur Verfügung stellen.

Bubell-Berlin: Rosenow hat mich außerordentlich scharf angegriffen, weil ich in der Rede, mit der ich im Auftrage der Fraktion unsere Rothstundentag-Interpellation begründete, nicht sofort den Neinstundentag gefordert habe. Diese Angriffe sind ganz unberechtigt, ich bin nur der bisherigen Praxis gefolgt, als ich den Neinstundentag und die stufenweise Einführung des Neinstundentages gefordert habe. Was dann weiter den Vorwurf betrifft, es werde zu viel beim Etat geredet, so will ich nur erwidern, daß meine Kollegen und ich sich auf die Zeit freyen, wo die Etatsdebatten wieder beginnen, da sie die einzige Gelegenheit bieten, die tiefgehenden Schäden der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken. (Sehr richtig!) An dieser Thatsache kann auch Eichhorn's Unzufriedenheit nichts ändern. Bei den Etatsdebatten kann auch allein die so nöthigen Kritik an den Militär- und Marineverhältnissen geübt werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden ist. Der größte Theil unserer Initiativanträge ist noch nicht zur Beratung gelangt. Jeder Antrag, der jetzt gestellt wird, wäre eine ganz zwecklose Arbeit, weil er nicht zur Beratung kommt. Bis zum Schluss dieser Legislaturperiode sind kaum mehr als ein oder zwei Schwenkstage zu erwarten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien legen das Schwergewicht auf den Posten; wir wollen aber, daß er nicht Gesezeskraft erhält, während jene anderen ihn so schnell als möglich unter Dach und Fach bringen wollen. Deshalb sollen wir jetzt nicht solche Anträge, die doch nicht zur Beratung kommen, stellen. Sie würden uns dadurch nur, die wir jetzt vor dem schwersten politischen Kampfe stehen, hindern in den Weg treten. Der Antrag kann ja beim nächsten Parteitag wieder gestellt werden.

Eichhorn-Rannheim: Ich habe nur wenig auf die ganzen Angriffe zu erwidern, die zum guten Theil auf völlig falschen Voraussetzungen beruhen. So hat Genosse Leuterer gegen Ausführungen polemisiert, die ich gar nicht gemacht habe; er hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, unsere Fraktion thue nichts. Ich weiß nicht, ob er mich nicht verstehen konnte oder wollte, ich habe im Gegentheil gesagt, daß thätig gearbeitet wurde und daß wir sehr mit der Fraktion zufrieden sein können. Das hindert aber doch nicht, eine kleine Frontveränderung zu fordern; ich habe nur gewünscht, daß die Etatsdebatten, an deren Ausdehnung doch auch die anderen Parteien theilhaftig sind, etwas eingeschränkt und daß durch parlamentarische Mittel, die ich im einzelnen nicht angeben kann, weil mir die Reichstags-Erfahrung mangelt, unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund gerückt werden sollen. Unsere Abgeordneten sitzen doch nicht bloß desfalls im Reichstage, um den Etat und die Vorlagen der Regierung zu beraten, sondern sie sind da, um auch Vorstöße in der Richtung unserer Programmforderungen zu machen. Dem Genossen Fischer muß der tendenziöse Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“, allein vorgelesen haben, ich habe ausdrücklich betont, daß wir die Bezeichnung des Reichstags als Schwachparlament beurtheilen. Ich habe auch mit keinem Wort davon gesprochen, daß unsere Fraktion zu viel rede; unsere Berichte enthalten nichts darüber. Ich bin schon zufrieden, daß durch meine Bemerkungen die ganze Frage hier zur Debatte gekommen ist.

Das Schlusswort erhält

Rosenow: Ich habe nur nöthig, auf die Frage des Neinstundentages einzugehen, die in der Debatte die Hauptrolle gespielt hat. Die Anträge auf New

Wahrung der Arbeitszeit sind durchaus verständlich angesichts der wirtschaftlichen Krisis und der Arbeitslosigkeit. Die Fraktion hat aber bei den Staatsbehörden und bei der Besprechung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit stets die Forderung auf Einführung des Achtstundentages in den Vordergrund gestellt, und ich bin überzeugt, daß der nächste Antrag, den wir einbringen werden, den Achtstundentag betreffen wird. Für uns ist natürlich der Wille des Parteitagés oberstes Gesetz; da jedoch ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit bereits im Reichstage von uns eingebracht ist, so käme die Fraktion in eine äble Lage, wenn Sie sie zwingen würden, diesen Antrag zu Gunsten eines anderen zurückzuziehen, der doch nicht mehr zur Berathung kommt. Sie würden dadurch die Fraktion zwingen, sich eine Ohrfeige zu verfehlen, die sie gar nicht verdient. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir etwas Praktisches fordern müssen, und deshalb haben wir zunächst den Zehnstundentag verlangt. Glauben Sie etwa, daß die Stellung eines Antrages auf Einführung des Achtstundentages schon seine Annahme durch den Reichstag bedeutet? (Nein!) Die reaktionäre Mehrheit würde ihn ohne Weiteres ablehnen; den Zehnstundentag haben unsere Gegner für möglich erklärt, und deshalb ist es nöthig, die Probe darauf zu machen, ob es ihnen wirklich Ernst damit ist. In Bayern haben ja unsere Genossen durch die wiederholten Anträge auch bereits erreicht, daß in Staatsbetrieben die Arbeitszeit von 11 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt ist. Ich würde Sie bitten, die den Achtstundentag betreffenden Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Eichhorn gegenüber möchte ich nochmals konstatieren, daß wir gar keine Möglichkeit haben, öfter Initiativanträge im Plenum zur Berathung zu bringen. Eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre ganz ausichtslos, denn die Mehrheit des Reichstages betrachtet das Parlament als eine Gesetzgebungs-Fabrikationsmaschine für die Regierungen, die von den Ministern in Bewegung gesetzt wird und nur so lange zu arbeiten hat, als sie von dort Dampf bekommt; für alles andere haben sie nur ein minimales Interesse. In der That hat Eichhorn gestern gesagt, daß das Reden bei der Staatsberathung eingeschränkt werden solle; aber die Staatsberathung ist die einzige Gelegenheit, gewisse Dinge zur Sprache zu bringen, und wir sollten eher noch einen ausgiebigeren Gebrauch davon machen, beim Etat unsere Wünsche zu äußern. Gerade dieser Achtstundenantrag bedeutet in der Praxis doch nichts anderes als den Wunsch der Parteigenossen, wir sollen zunächst durch Reden im Reichstage den Gedanken des Achtstundentages immer wieder propagieren. Ich glaube aus der ganzen Debatte entnehmen zu können, daß der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist. Die beiden noch vorliegenden Anträge 88a und 108 würde ich vorschlagen, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 88a und 108 werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 87 wird abgelehnt, Antrag 80 wird zurückgezogen, nachdem der Parteitag durch Verlesung von ihm Kenntniß genommen hat. Antrag 81 wird angenommen, Antrag 82 zurückgezogen, da er durch die Abstimmung über Antrag 81 erledigt sei. Antrag 83 wird angenommen, auch die Anträge 92 und 93 werden angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ wird auf Freitag verschoben, da der Berichterstatter Bebel gesundheitlich nicht in der Lage ist, heute das Referat zu erstatten.

Es folgt daher Punkt 5 der Tagesordnung: **Arbeiterversicherung.**

Dazu liegt Resolution 108 vor.

Berichterstatter **Mollenhuth**: Die Sozialdemokratie hat bisher so gut wie keine Stellung zur Arbeiterversicherung genommen. Die einzige Aeußerung der Partei findet sich in Punkt 6 des Programms: „Abernahme der gemeinsamen

Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.“ Es sind zwei große Unklarheiten in diesen Sätzen enthalten; wir sagen nicht, welchen Ausbau wir wollen, und wir sagen nicht, was wir unter der maßgebenden Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung verstehen. Die Unklarheiten bedürfen der Aufklärung. Auch ist es nöthig, daß sich die Partei mehr mit der Frage beschäftigt, damit die Genossen im Reichstage wissen, ob sie in ihrer Haltung die Partei hinter sich haben. Zu den ersten Versicherungsgesetzen zur Zeit des Sozialistengesetzes tomate die Partei keine Stellung nehmen, da keine Parteitage stattfanden. Jetzt ist das anders geworden, jetzt müssen die Genossen der Fraktion eine bestimmte Richtung geben, an die sie sich halten kann. Die Stellung der Fraktion ist eine viel angenehmere, wenn sie weiß, daß sie die Partei hinter sich hat. Wiederholt haben die offiziellen Vertreter des Reiches auf internationalen Versicherungstongressen ausgesprochen, daß man geneigt ist, auf dem Gebiete der Versicherungsgesetzgebung weiter zu gehen, vorausgesetzt, daß die anderen Staaten, die mit unserer Industrie konkurriren, unserm Beispiel folgen.

Bevor sich nun untersuche, in welcher Richtung die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung sich bewegen soll, möchte ich Eines voraussagen. Durch verschiedene Gesetze ist ausgesprochen, daß der Mensch ein Existenzminimum haben muß. So wird z. B. durch das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes indirekt anerkannt, daß jeder Mensch mindestens 1500 M. Einkommen haben muß. Dadurch ferner, daß eine ganze Reihe von Gegenständen unpfändbar sind, daß der Freiz der unpfändbaren Gegenstände noch erweitert ist, wird angegeben, daß Demjenigen, der etwas hat, nicht das Letzte genommen werden darf. Warum geht man nun nicht weiter und sucht einen Weg, um Demjenigen, der das Existenzminimum nicht hat, dasselbe zu verschaffen? Wir haben zwar die Armenengesetzgebung, aber diese setzt nicht da ein, wo das Minimum nicht vorhanden ist, das die anderen Gesetze voraussetzen, sondern sie läßt den Menschen erst verkommen, ehe sie eingreift; sie raubt dazu noch dem Armen die politischen Rechte; für das bischen Brod, das ihn vor dem Verhungern schützen soll, wird ihm sein politisches Recht genommen. Trotzdem hat die Armenengesetzgebung den Gemeinden erhebliche Lasten aufgebürdet. Früher bestand in zahlreichen Gemeinden die Vorschrift, daß jeder fremde Geselle, der in der Stadt arbeitet, mindestens gegen Krankheit versichert sein müßte; man ersieht darin keine soziale Großthat, sondern gab zu, daß diese Vorschrift nur eine Schonung der Armenklasse bedeute. Ähnliche Schonungen der Armenklasse liegen auch im Strafgesetze, wonach Diebstahl bestraft werden, bis es veräumen, ihre Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, zu unterhalten. Ein anderer Grundsatz, der hierbei mit in Betracht kommt, ist der des Schadenerlasses. Aber solche allgemeine Grundsätze versagen sehr oft in dem Augenblick, wo sie auf die Arbeiter Anwendung finden sollen. Ich will nur auf den Gedanken hinweisen, der im preussischen Eisenbahngesetz zum Ausdruck kommt, es heißt da, daß die Eisenbahverwaltung verpflichtet sind, jeden Schaden zu ersetzen, der durch den Betrieb herbeigeführt wird, es sei denn, daß sie den Nachweis führen können, daß der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist. Dieser gesunde Grundgedanke wurde im Haftpflicht-Gesetz aus dem Anfang der siebziger Jahre zu einer vollständigen Karrikatur. Man schob da dem Geschädigten den Beweis dafür zu, daß ein Verschulden des Unternehmers vorliegt, ein Beweis, der in den allermeisten Fällen so gut wie ausgeschlossen ist, denn vielfach führt der Unfall den Tod des Geschädigten herbei; andererseits befinden sich die Zeugen in Abhängigkeit vom Unternehmer und geraten durch ihre Aussage zu Gunsten der Geschädigten in die Gefahr, arbeitslos zu werden.

Gesunde Grundgedanken sind in der allgemeinen Gesetzgebung bereits zum Ausdruck gebracht worden, und da fragt es sich, ob diese nicht auf irgend einem